



ANHÖ- NÉMET NYELVŰ HETI HÍRÖSSZEFOGLALÓ

43. hét

2018.10.24.

ZUSAMMENFASSUNG

- Die staatlichen Zuschüsse zu den Bausparkassen wurden eingestellt – die Regierung berief sich in Verbindung mit dieser Entscheidung auf die Extraprofiten der Marktakteure und das Präferieren effizienterer Formen der Wohnungsbauförderung, wohingegen die Opposition die entstandene Lage dahingehend interpretierte, dass eine beliebte Form der Wohnungsbauförderung unbegründet eingestellt wurde.
- Es kam zu einer weiteren Wende in dem ungarisch-ukrainischen Konflikt: Nachdem die Lage in der jüngeren Vergangenheit laufend eskalierte, erfuhr der auch aus geopolitischen Gesichtspunkten bedeutende Konflikt in der vergangenen Woche eine gewisse Abschwächung. Der ukrainische Außenminister Pawlo Klimkin besuchte Ungvár (Uschhorod), wo er einen friedfertigeren Ton anschlug. Wegen des zunehmend intensiver geführten Wahlkampfes in der Ukraine scheint eine endgültige Beilegung des Konflikts jedoch vorläufig in weiter Ferne.
- Ab Januar 2019 steigt der Betrag der Hauspflegeleistung – mit diesem Regierungsbeschluss gelangte ein durch die Akteure der Pflegebranche in kultivierter Form vertretenes und berechtigtes gesellschaftliches Problem zur Lösung.
- Auf dem Brüsseler EU-Gipfel gab es keine nennenswerten Fortschritte: Weder in Hinsicht auf die Einwanderung noch bezüglich der Mitgliedschaft des Fidesz in der Europäischen Volkspartei kam es bei den Beratungen der Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union in der vergangenen Woche zu einer markanten Wende.

WICHTIGE MELDUNGEN – WIRTSCHAFTSPOLITIK

DIE STAATLICHEN ZUSCHÜSSE FÜR DIE BAUSPARKASSEN WURDEN EINGESTELLT

Im Sinne der Entscheidung der ungarischen Regierung aus der vergangenen Woche wurden die früheren staatlichen Zuschüsse von 30 Prozent zu den Verträgen der Bausparkassen – die im internationalen Vergleich als außerordentlich hoch anzusehen sind – eingestellt. Diese Entscheidung löste teils mit heftigen Emotionen angereicherte Debatten aus, so dass die ungarische Innenpolitik in der vergangenen Woche durch eine Diskussion über die Gründe für diese Entscheidung und die möglichen Alternativprogramme zur Förderung des Wohnungsbaus beherrscht wurde.

Die wirtschaftliche Zielstellung der Maßnahme besteht darin, die für den Wohnungsbau bereitstehenden Zuwendungen effizienter einzusetzen: Laut Bericht des das Ministerpräsidentenamt leitenden Ministers Gergely Gulyás hat das erst seit drei Jahren laufende Wohnungsbauförderprogramm (CSOK) den Bau von weitaus mehr Neubauwohnungen ermöglicht, als die Bausparkassen in den vergangenen zehn Jahren. Die Entscheidung berührte die auf dem Markt des Bausparens präsenten Unternehmen sensibel, nachdem die einzelnen Marktakteure auf Jahresebene Ergebnisse nach Steuern von 60-70 Milliarden Forint erzielten, wovon 30 Milliarden Forint als Dividende ausgeschüttet wurden, während das Ausmaß der staatlichen Zuwendungen 240 Milliarden Forint erreichte. Nach dem Standpunkt der Regierung wurden die für die Bevölkerung bestimmten staatlichen Zuschüsse nicht bei den Personen realisiert, welche die Dienstleistung in Anspruch nahmen, was auch dadurch belegt wird, dass die einzelnen Geldinstitute kaum Zinsen auf die Einlagen zahlten.

Die 1996 eingeführte Konstruktion wird nicht aufgehoben, wie auch die Rechtssicherheit garantiert wird, indem die früher abgeschlossenen Verträge zu den bisher geltenden Bestimmungen ihre Gültigkeit behalten. Die Regierung hat die Ausarbeitung alternativer Vorschläge zur Förderung des Wohnungsbaus auf sich genommen, die im Einklang mit ihren Zielstellungen im Wohnungsbau stehen werden. Die Voraussetzungen von Seiten des Staatshaushaltes sind geschaffen, die freigesetzten staatlichen Gelder erlauben die Ausweitung des CSOK-Programms. Ein weiterer wichtiger Umstand besteht darin, dass unter den größeren Marktakteuren weder das Management der OTP noch der Fundamenta Kritiken in Verbindung mit der getroffenen Entscheidung formulierte.

WICHTIGE MELDUNGEN – AUSSENPOLITIK UND AUSSENWIRTSCHAFT

DER UKRAINISCHE AUSSENMINISTER DISTANZIERT SICH VON DEN UNGARNFEINDLICHEN AKTIONEN

Obgleich der ukrainische Außenminister Pawlo Klimkin das durch das ukrainische Parlament verabschiedete Gesetz, mit dem das Recht der auf dem Territorium des Landes lebenden Minderheiten eingeschränkt wird, zu lernen und ihre Muttersprache zu nutzen, auch weiterhin als legitim ansieht, hat er doch die ungarnefeindlichen Aktionen der jüngeren Zeit in der vergangenen Woche wiederholt zurückgewiesen. Auf der Ebene der Außenminister begann somit ein Dialog im Interesse einer Beilegung des Konflikts, wobei die Intensität des ukrainischen Wahlkampfes Verhandlungsfortschritte erschwert.

Wie Klimkin behauptet, steht hinter der Webseite „Mirotvorec“, durch die Bürger Transkarpatiens mit doppelter ukrainisch-ungarischer Staatsbürgerschaft gelistet wurden – was vermutlich unter Inanspruchnahme des Geheimdienstapparats geschah –, kein offizielles ukrainisches Regierungsorgan. Der Außenminister verwies in einem Interview vergangene Woche indirekt auf den russischen Einfluss und die politischen Machtspiele der an einem vertieften ungarisch-ukrainischen Konflikt interessierten Großmächte. In Verbindung mit der Debatte um das Sprachengesetz darf wegen des radikal minderheitsfeindlichen Standpunktes der ukrainischen Seite kurzfristig mit keiner Annäherung gerechnet werden, wobei Klimkin in Bezug auf die doppelte Staatsbürgerschaft anmerkte, die ukrainische Rechtsordnung verbiete diese zwar, kombiniere diese rechtliche Institution aber mit keinerlei Sanktionen. Auf der Grundlage dieser Aussagen kann die auf die Webseite des ukrainischen Parlaments gelangte Vorlage zur Ausweisung von Ungarn mit doppelter Staatsbürgerschaft nicht als offizieller Standpunkt der ukrainischen Regierung angesehen werden.

Unterdessen hat ein Beschluss, der auf einer außerordentlichen Sitzung des Wahlausschusses des Kulturbundes der Ungarn Transkarpatiens (KMKSZ) in Ungvár verabschiedet wurde, Außenminister Klimkin aufgefordert, einen Unterschied zwischen jenen zu machen, die mit der Waffe in der Hand gegen die Ukraine kämpfen, und den Ungarn mit doppelter Staatsbürgerschaft in Transkarpatien. Die ungarische Minderheit Transkarpatiens bestehe laut Beschlusstext „weder aus Landesverrätern noch aus Separatisten“. Die Chance zu einem echten Kompromiss in dieser Frage wird auch weiterhin durch die zunehmend intensivere Kampagne im Zusammenhang mit dem Präsidentschaftswahlkampf in der Ukraine behindert.

WICHTIGE MELDUNGEN – UNGARISCHE INNENPOLITIK

SEIT DEM 15. OKTOBER IST ES VERBOTEN, SICH LEBENSGERECHT AUF ÖFFENTLICHEN FLÄCHEN AUFZUHALTEN

In diesem Sommer gelangte im Parlament jener Gesetzentwurf zur Vorlage, welcher unter Modifizierung des Gesetzes über Ordnungsstrafen aussagt, dass lebensgerechte Aufenthalte auf öffentlichen Flächen auf dem gesamten Territorium des Landes verboten sind. Das deklarierte Ziel des Gesetzes besteht angesichts des herannahenden Winters darin, die früher gehäuft aufgetretenen Todesfälle wegen Erfrierungen zu verhindern sowie die menschliche Würde zu schützen.

Das verabschiedete Gesetz sagt aus, dass Obdachlose, die sich auch nach wiederholter Aufforderung weiterhin auf öffentlichen Flächen aufhalten, einen Regelverstoß begehen, den der Staat mit dezenten Mitteln sanktionieren kann. Der Kerngedanke des staatlichen Rollenverständnisses besteht darin, dass die durch den Staat unterhaltenen und in jüngster Zeit erheblich erweiterten vollständigen Kapazitäten der Obdachlosenheime im nahenden Winter ausgenutzt werden sollen. Die von den Oppositionsmedien als unmenschlich deklarierte Regelung nimmt Rücksicht auf das Prinzip der schrittweise strengeren Sanktionen, wobei nach Feststellung eines Regelverstoßes selbst im schlimmsten Fall nur öffentliche Arbeitsleistungen verhängt werden, und erst danach darf im äußersten Fall Freiheitsentzug angedroht werden.

Die früher in Obdachlosenheimen beobachteten Probleme sind weithin bekannt: Schlägereien und Diebstähle sind an der Tagesordnung, welche Konflikte sich allein auf dem Wege einer entsprechenden Beaufsichtigung lösen lassen. Laut Meinungsumfragen findet die neue Maßnahme einen starken Rückhalt in der Gesellschaft, d. h. eine Mehrheit hält die Gewährleistung der Sauberkeit

der öffentlichen Flächen und die Verhinderung des Kältetodes für die Beweggründe der Regierungsmaßnahmen.

WEITERE AUSTRITTE AUS DER JOBBIK – DER LINKSSCHWENK SETZT SICH FORT

Nachdem die Jobbik János Volner vor zwei Wochen aus ihrer Parlamentsfraktion ausschloss, verließ der Politiker, der früher das Amt des Stellvertretenden Parteivorsitzenden bekleidete, auch die Partei. In ähnlicher Form entschieden sich außerdem István Apáti und Erik Fülöp für den Austritt, so dass diese radikalen Abgeordneten vorläufig keiner Partei zugehörig sind, wobei derzeit noch fraglich ist, ob sie den im Übrigen logisch erscheinenden Anschluss zur rechtsradikalen Bewegung „Unsere Heimat“ vollziehen werden.

Der Parteichef Tamás Sneider hatte den austretenden János Volner wiederholt mit schweren Kritiken belegt. In seiner Sichtweise verließ Volner deshalb die Partei, weil er keine Zusage erhielt, dass er bei den Wahlen zum Europaparlament im kommenden Jahr die Liste der Jobbik anführen wird. Sneider zufolge war Volner daraufhin bestrebt, sich als Märtyrer darzustellen und die Partei somit auf eine Weise zu verlassen, dass er daraus noch politisches Kapital schlagen kann. Wegen der Liquidierung des radikalen Flügels der Jobbik-Mitgliedschaft vertiefte sich die innerparteiliche Krise weiter; allerdings wurde auf diese Weise auch ein weiteres Hindernis für den beabsichtigten Zusammenschluss mit der Linken – freilich ohne die MSZP und die DK von Ferenc Gyurcsány – aus dem Weg geräumt.

Dabei bestehen nur geringe Chancen für den Versuch, die Opposition an einem einzigen Pol zu vereinen; die Opposition mit zwei Polen wird wegen des eigenständigen Auftretens von „Unsere Heimat“ und der Isolierung der DK mindestens bis zu den im kommenden Herbst anstehenden Kommunalwahlen Bestand haben. Die Voraussetzungen für ein abgestimmtes Antreten von Jobbik und LMP wiederum sind gegeben, nachdem sich sowohl der Jobbik-Vorsitzende als auch zuvor László Lóránt Keresztes als neuer Co-Vorsitzender der LMP für das Zustandekommen einer solchen neuartigen Plattform ausgesprochen hatten.

AB JANUAR 2019 STEIGT DAS HEIMPFLEGE GELD

Die Pflegebranche hatte 2018 wiederholt den Bedarf für eine Anhebung der Leistungen in der Heimpflege angemeldet, woraufhin die Regierung mit ihrer jetzigen Entscheidung den berechtigten und in kultivierter Weise vorgetragenen Bedarfsanspruch in die entsprechenden Bahnen lenkte. Die Popularität dieser Maßnahme ist nicht zu bestreiten: Laut Erhebung des Nézőpont-Instituts freuen sich 88 Prozent der Befragten angesichts dieser Erhöhung.

In jenen Familien, wo sich die Eltern um dauerhaft kranke oder zur Eigenversorgung unfähige Kinder kümmern, wurde schon früher ein Kinderpflegegeld ausgezahlt, dessen Betrag allerdings nicht im Zusammenhang mit dem Wirtschaftswachstum und der Inflation stand. Die Entscheidung über die Anhebung des Pflegegelds im Januar umfasst zugleich den Standpunkt der Regierung hinsichtlich Ausweitung der gesellschaftlichen Verantwortungsübernahme und der gesellschaftlichen Gerechtigkeit.

Im Zuge der Anhebung im kommenden Jahr werden die betroffenen Familien künftig einheitlich brutto 100.000 Forint monatlich erhalten, dreimal so viel, wie gegenwärtig. Das jetzige erhöhte Pflegegeld von 58.000 Forint wird in dieser Form gestrichen, da es künftig keine Unterschiede mehr zwischen den Beträgen des Pflegegelds nach Grund-, Mittel- und erhöhter Stufe geben wird. Zugleich wurde die Entscheidung getroffen, dass in jenen Familien, wo zwei zur Selbstversorgung unfähige Kinder leben, das für diese Kinder bestimmte Pflegegeld den anderthalbfachen Wert erreichen wird.

Im Falle von Familien, die Eltern oder Großeltern pflegen, d. h. wo genauso jemand zur Pflege eines pflegebedürftigen Angehörigen daheim bleibt, steigt das Pflegegeld ebenfalls. Mit Wirkung vom 1. Januar 2019 erhalten diese Familien im Vergleich zur jetzigen Summe fünfzehn Prozent mehr Geld. Diese Regierungsmaßnahme sieht in der zeitlichen Perspektive Anhebungen des Pflegegelds bis 2022 vor, um diese Leistungen dem Niveau des Mindestlohns (von dann ungefähr 180.000 Forint) anzugleichen.

NACHRICHTEN, DIE BEACHTUNG VERDIENEN

ES GAB KEINE FORTSCHRITTE IN DEN WICHTIGEN FRAGEN AUF DEM EU-GIPFEL

Die Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union hielten einen dreitägigen Gipfel in Brüssel ab, wo der Brexit, die Einwanderungskrise sowie aktuelle Fragen der EU-Außenbeziehungen auf der Tagesordnung standen. Zu markanten Veränderungen kam es jedoch bei keinem einzigen Thema: Die Brexit-Verhandlungen müsste die Gemeinschaft bis Ende März 2019 abschließen, wobei sich jedoch in Verbindung mit der wirtschaftspolitischen Beurteilung der Zollunion erhebliche Diskrepanzen zwischen den Lösungsansätzen Großbritanniens und der EU zeigen. Das Schicksal der Vereinbarung dürfte zudem durch die zunehmend schwächere Position der Regierung von Theresa May beeinflusst werden.

In Verbindung mit der illegalen Einwanderung wurden drei abweichende Vorschläge formuliert: Sebastian Kurz, Bundeskanzler Österreichs, das derzeit die EU-Ratspräsidentschaft innehat, formulierte das Konzept der sogenannten „verpflichtenden Solidarität“ hinsichtlich der Beiträge der Mitgliedstaaten zum Schutz der Außengrenzen der Europäischen Union, Parlamentspräsident Antonio Tajani sprach hauptsächlich durch die italienischen innenpolitischen Interessen gelenkt von einem Verteilungsmechanismus der Migranten auf Gemeinschaftsebene, während die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel erneut die alte Idee der Ansiedlungsquoten auffrischte. Das Programm der Europäischen Kommission einer verbindlichen Umsiedlung von Einwanderern wurde von den meisten führenden Politikern der Mitgliedstaaten abgelehnt, während der Vorschlag zur Stärkung der Rolle der Frontex praktisch bereits auf dem informellen Gipfeltreffen in Salzburg scheiterte.

Mit großer Sicherheit wird Manfred Weber die Liste der Europäischen Volkspartei (EVP) bei der im kommenden Mai anstehenden Wahl zum Europaparlament anführen, nachdem ihm sämtliche Parteiführer innerhalb der EVP – einschließlich Ministerpräsident Viktor Orbán – ihre Unterstützung zusicherten. Die Position des gegen Weber antretenden Alexander Stubb ist vorerst schwächer, wobei eine Entscheidung auf dem Kongress der EVP im November in Helsinki getroffen werden dürfte. Vorläufig gibt es innerhalb der EVP auch keine Entscheidung hinsichtlich der Mitgliedschaft des Fidesz, was vermutlich der starken Position des Fidesz in Ungarn zu verdanken ist, weil die konservative Parteienfamilie im Falle eines engen Wahlausgangs im Mai im neu zusammengesetzten Europaparlament die Unterstützung der voraussichtlich 12-13 vom Fidesz delegierten Abgeordneten benötigen könnte.

DIE UNGARISCH-BAYRISCHEN BEZIEHUNGEN BLEIBEN AUCH WEITERHIN ENG

Am 15. Oktober wurden in Bayern Landtagswahlen von europäischer Bedeutung abgehalten. Im Anschluss an einen außerordentlich intensiv geführten Wahlkampf blieb das politische Erdbeben letzten Endes aus, so dass die als wichtiger Verbündeter der ungarischen Regierung geltende CSU die

Geschicke des Bundeslandes wie schon seit sechs Jahrzehnten – wengleich fortan in einer Koalition – sehr wahrscheinlich auch weiterhin lenken wird.

Die Entscheidung der Wahlbürger ist eine weitere harte Kritik an der Politik von Angela Merkel und der CDU/CSU. Im Hintergrund des schwächeren Abschneidens der Seehofer-Partei stehen weitaus eher die zweifelhaften Kompromisse, die von der Regierungskoalition in Berlin geschlossen werden, statt entschiedener gegen die Einwanderung aufzutreten. Die politische Stabilität Bayerns beziehungsweise die durch die CSU geführte Regierung dieses Bundeslandes befindet sich im Spiegel der erreichten Ergebnisse aber nicht wirklich in Gefahr. Da die mit der ungarischen Regierung und dem Fidesz stabile Partnerschaftsbeziehungen unterhaltende CSU voraussichtlich an der Regierung verbleibt, sind keine wesentlichen Verschiebungen in den ungarisch-bayrischen und den ungarisch-deutschen Beziehungen zu erwarten. Allerdings muss sich die Merkel-CDU bei den in zwei Wochen anstehenden Landtagswahlen in Hessen selbst der Wahl stellen, was inmitten der außerordentlich angespannten innenpolitischen Lage in Deutschland ein enormes Risiko für die in den letzten Monaten auf dem Rückzug befindliche Kanzlerin bedeutet.

PROGNOSE

- Der 23. Oktober handelt im ungarischen politischen Leben neben dem Gedenken von den Großversammlungen. Das wird auch in diesem Jahr nicht anders sein, wenn Ministerpräsident Viktor Orbán eine Rede vor dem Terrorhaus-Museum hält, während die „gemeinsame Opposition“ auf dem Bem tér in Budapest demonstriert. Dort werden der OB von Hódmezővásárhely, Péter Márki-Zay, und der vormalige LMP-Vorsitzende Ákos Hadházy ebenso sprechen, wie Politiker der Momentum-Bewegung, der DK und der MSZP, aber auch der frühere Außenminister Géza Jeszenszky hält dort eine Gedenkrede.